Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9342**

18. Wahlperiode 19.07.2016

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Hintergründe des parlamentarischen Amtsenthebungsverfahrens in Brasilien

Am 12. Mai 2016 beschloss der Senat der Republik Brasilien, gegen die demokratisch gewählte Präsidentin Dilma Rousseff von der linken Arbeiterpartei (PT) ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten und Dilma Rousseff zunächst für maximal 180 Tage von ihrem Amt zu suspendieren. Ihr Vizepräsident Michel Temer von der konservativ-wirtschaftsliberalen Partei Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB) übernahm die Regierungsgeschäfte. Dilma Rousseff war am 26. Oktober 2014 in einer Stichwahl mit 51,9 Prozent und 3,5 Millionen Stimmen Vorsprung auf den sozialdemokratischen Kandidaten Aécio Neves von der Bevölkerung in ihrem Amt bestätigt worden.

Dieses starke demokratische Votum wird durch das Amtsenthebungsverfahren unterlaufen. Der Entscheidung des Senats gingen eine aggressive Kampagne großer Medienkonzerne wie der Globo-Gruppe sowie politische Intrigen voraus, die zur Spaltung der Regierungskoalition geführt hatten (www.sueddeutsche.de/medien/brasilien-kampagne-gegen-rousseff-1.2949917?reduced=true). Große Demonstrationen, an denen v. a. Angehörige der weißen Mittelschichten teilnahmen, hatten zusätzlich Druck auf die Regierung ausgeübt.

Der Prozess zu ihrem Sturz gründet sich auf konstruierte Vorwürfe zu geschönten Haushaltszahlen. Dazu erklärt die bisherige Regierungspartei PT „Brasilien befindet sich seit dem 12. Mai in einer neuen politischen Lage. Die alte politische Oligarchie, die Monopolmedien und das Hochfinanzkapital haben die Macht im Staate zurückerlangt“ (Beschluss der PT Brasiliens vom 17. Mai 2016). Die bisherige Staatspräsidentin Dilma Rousseff sagte in einem Interview der deutschen Wochenzeitschrift DIE ZEIT: „Es war ein Staatsstreich“ und die „Opposition manövriere sich an die Macht und plane eine Politik, für die das Volk bei den jüngsten Wahlen nicht gestimmt hatte“ (DIE ZEIT, 11. Mai 2016). Zahlreiche Regierungen in Lateinamerika verurteilten den Sturz von Dilma Rousseff und erklärten, dass es Ziel der konservativen Eliten mit „Unterstützung der Medienunternehmen“ (DIE ZEIT vom 25. März 2016) sei, eine Wiederwahl des ehemaligen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, ebenfalls von der PT, zu verhindern. Da ihm die größten Chancen eingeräumt werden, als Präsidentschaftskandidat der PT die Wahlen erneut zu gewinnen, solle er kriminalisiert und zumindest den Forderungen eines Teils der Medien und rechter Parteien nach inhaftiert werden. Und dies ungeachtet der Tatsache, dass gegen mehr als die Hälfte der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats Ermittlungen wegen Käuflichkeit laufen (www.heise.de/tp/artikel/47/47998/2.html).

Mitschnitte vertraulicher Gespräche zwischen dem damaligen Planungsminister Romero Jucá und einem hohen Funktionär des Erdölkonzerns Petrobras deuteten darauf hin, dass hinter dem Amtsenthebungsverfahren tatsächlich andere Motivationen standen als vermeintliche Haushaltsfehler der Präsidentin. Demnach ging es vor allem darum, laufen Korruptionsermittlungen gegen Mitglieder der PMDB zu unterbinden, indem die Präsidentin aus ihrem Amt entfernt wird (https://amerika21.de/2016/05/153079/brasilien-putsch-dilma-skandal).

Hinter dem Sturz der gewählten Präsidentin steht eine politische Auseinandersetzung und stehen wirtschaftliche Interessen. Politische Unterstützung für den Umsturz kommt v. a. aus den Teilen der Gesellschaft, insbesondere der Eliten, die die Umverteilungspolitik und aktive Armutsbekämpfung der Regierungen da Silva und Rousseff zugunsten einer stärker angebots- und exportorientierten liberalen Wirtschaftspolitik beenden wollen, dabei in der Bevölkerung aber keine Mehrheit gefunden haben. Zu den Unterstützern von Dilma Rousseff und Luic Inácio Lula da Silva gehören nach wie vor v. a. diejenigen Bevölkerungsgruppen, die von der Umverteilungspolitik profitiert haben: Menschen mit niedrigen oder ohne Einkommen.

In Brasilien bleibt die innenpolitische Lage daher äußerst angespannt. Das Land ist polarisiert und hunderttausende Menschen gehen auf die Straße (https://amerika21.de/2016/05/152737/demonstrationen-gegen-putsch). Ein breites Bündnis von Basisorganisationen und Gewerkschaften ist auf der Straße und protestiert gegen die seiner Meinung nach unrechtmäßige Regierung Temer.

Ungeachtet der massiven Kritik in Brasilien selbst und aus den lateinamerikanischen Nachbarstaaten hat die Bundesregierung erklärt, mit der neuen brasilianischen Regierung ohne Einschränkungen zusammenarbeiten zu wollen. Die Amtsenthebung wird als ein mit der brasilianischen Verfassung in Übereinstimmung stehendes Verfahren angesehen. Diese Auffassung unterstrich Regierungssprecher Steffen Seibert bei der Bundespressekonferenz am 18. Mai 2016 mit den Worten: „Es ist sogar ein wichtiger strategischer Partner Deutschlands. Es ist das Land Lateinamerikas. Wir haben sehr enge und sehr vertrauensvolle Beziehungen mit Brasilien, wirtschaftlich sowieso sehr eng, aber auch politisch.“

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welchen Standpunkt hat die Bundesregierung zu der Amtsenthebung der brasilianischen Präsidentin Dilma Roussef eingenommen?
2. Die Bundesregierung spricht von einer Normalität der Beziehungen zu Brasilien trotz der Dramatik der Ereignisse. Womit begründet sie diese Haltung?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, dass unter der Führung des umstrittenen Interimspräsidenten Michel Temer die Untersuchungen wegen Korruptionsvorwürfen gegen führende Politiker der jetzigen Regierung fortgeführt werden?
4. Wie viele Minister des neuen Kabinetts Temer stehen nach Kenntnis der Bundesregierung unter Korruptionsverdacht (bitte mit Namen, Partei und Vorwürfen aufführen)?
5. Gegen wie viele Abgeordnete des brasilianischen Senats laufen nach Kenntnis der Bundesregierung Ermittlungsverfahren wegen Korruption, Veruntreuung, Bestechung oder vergleichbaren Delikten (bitte mit Namen, Partei und Vorwürfen aufführen)?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorwürfe, dass Michel Temer Agent der CIA gewesen sei (www.youtube.com/watch?v=cIG9fPmDa28)?
7. Ist dieses Amtsenthebungsverfahren nach Auffassung der Bundesregierung verfassungskonform?

8. Wenn ja, womit begründet die Bundesregierung die Verfassungskonformität dieses Vorganges?
9. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die veröffentlichten Telefonmitschnitte, die auf andere Motive zur Anstrengung des Amtsenthebungsverfahrens deuten, als vermeintliche Fehler der Präsidentin?
10. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Inhalten der veröffentlichten Telefonmitschnitte für die Bewertung der Verfassungskonformität des Amtsenthebungsverfahrens?
11. Haben die Bundesregierung bzw. die deutsche Botschaft in Brasilien mit der bisherigen Regierungspartei PT, die das Amtsenthebungsverfahren als Staatsstreich bewertet, über die Vorgänge gesprochen?
12. Wenn ja, welche Erkenntnisse und Einschätzungen hat die Bundesregierung aus diesem Gespräch gewonnen?
13. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Versuche der neuen brasilianischen Regierung vor, den früheren Präsidenten Luic Inácio Lula da Silva und andere führende Kräfte der Arbeitspartei PT zu kriminalisieren?
14. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten, dass die gewählte Präsidentin Dilma Rousseff nach dem Ende der vorläufigen Suspendierung am 18. September dieses Jahres wieder die Amtsgeschäfte als Präsidentin übernimmt?
15. Welche Auswirkungen haben die Ereignisse in Brasilien auf den geplanten EU-Brasilien-Gipfel?
16. Welche Rolle spielen die Bewertungen anderer lateinamerikanischer Regierungen bei der Einschätzung des Regierungswechsels in Brasilien durch die Bundesregierung?
17. Mit welchen Regierungen hat sich die Bundesregierung darüber ausgetauscht und in welchem Rahmen?
18. Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der brasilianischen Regierung über die Fortführung der bisherigen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu sprechen und ihr eine Politik der sozialen Inklusion zu empfehlen?
19. Welche Informationen der Bundesregierung über den Korruptionsvorwurf der Staatsanwaltschaft von Sao Paulo gegen den früheren Präsidenten Luic Ignácio Lula da Silva vor?
20. Welche Ergebnisse haben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nach Kenntnis der Bundesregierung bisher erbracht?
21. Die Oppositionspartei PT spricht von einer politisch motivierten Kampagne, um die bekannteste Persönlichkeit der PT auszuschalten (NZZ vom 6. März 2016). Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der medialen Kampagne gegen die Präsidentin Dilma Roussef, den früheren Präsidenten Luic Inácio Lula da Silva und der PT insgesamt und dem Handeln der Staatsanwaltschaft, die bisher keine Beweise hat erbringen können, die eine Anklage Luic Inácio Lulas da Silva zuließen?
22. Schließt die Bundesregierung die Möglichkeit einer politisch motivierten Kampagne der Kriminalisierung der Führungspersönlichkeiten der PT, durch Staatsanwaltschaft, Medien und Eliten des Landes aus?
23. Wenn ja, bitte Gründe angeben.

24. Beabsichtigt die Bundesregierung, mit der brasilianischen Regierung über die Absichten eines Teils der Medien, der rechtsgerichteten Parteien und der aktuellen Regierung zur Kriminalisierung der PT und Luic Inácio Lulas da Silva durch die neue rechte Regierung in Brasilien zu reden?
25. Wenn ja, wird sie die Kriminalisierungsabsichten durch Medien, Justiz und die Eliten des Landes, die damit Brasilien zu destabilisieren drohen, mit aller Deutlichkeit kritisieren?

Berlin, den 18. Juli 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333